

# PRESSEINFORMATION



## Kontakt

**GF Katharina Sonn**

Fon: 030/ 282 41 38

Mail: [k.sonn@frausuchtzukunft.de](mailto:k.sonn@frausuchtzukunft.de)

**Dagmar Rünger**

Fon: 030/ 280 46 814

[d.ruenger@frausuchtzukunft.de](mailto:d.ruenger@frausuchtzukunft.de)

Berlin, den 09.09.2019

---

## **Kurz vor dem Kollaps: Wer hilft Berlins Suchthilfe?**

### ***1.000 Sozialarbeiter\*innen aus der Suchthilfe zu Demonstration vor dem Roten Rathaus erwartet***

In Berlin ist die Zahl der Drogentoten im vergangenen Jahr um 14% auf 191 Menschen gestiegen. Damit stellt Berlin einen traurigen Gegentrend zum Rest der Bundesrepublik dar. Der Großteil der Verstorbenen war schwer drogenerkrankt.

Trotz dieser alarmierenden Zahlen steht die Berliner Drogen- und Suchthilfe vor immer eklatanteren Versorgungslücken und einem gravierenden Fachkräftemangel. Eine adäquate regionale Grundversorgung der Bürger\*innen mit einer Suchtproblematik ist stark gefährdet.

Hohe Arbeitsbelastungen der Mitarbeiter\*innen, unzureichende Gehaltsanpassungen und Planungsmängel haben schwerwiegende Folgen. Nach wie vor entsprechen die Gehälter der sozialpädagogischen/ sozialarbeiterischen Mitarbeiter\*innen nicht dem Lohnniveau des Öffentlichen Dienstes Berlin. In 2018/ 2019 mussten die freien Träger Tarifanpassungen zum Teil durch den Abbau von Fachkräften realisieren. Folgen sind eine zunehmende Arbeitsverdichtung, aber auch Angebotskürzungen für Ratsuchende, mit zum Teil dramatischen Auswirkungen.

Ein steigender Sachkostenbedarf in Form von Personalkosten für Verwaltungsmitarbeiter\*innen und Mietsteigerungen, von denen soziale Träger betroffen sind, wird in der Berliner Finanzierungspolitik nicht berücksichtigt.

Die Politik muss endlich gleichermaßen den realen Bedarfslagen suchterkrankter Menschen sowie der steigenden Arbeitsbelastung der Mitarbeiter\*innen Rechnung tragen. Wir brauchen eine planungssichere und dynamisch an Kostensteigerungen angepasste Finanzierung des Drogen- und Suchthilfesystems, um die Versorgung suchterkrankter Menschen aufrecht zu erhalten bzw. auszubauen.

Gesundheitsförderung braucht gesunde Arbeitsverhältnisse, gesamtplanerische Gestaltung und die politische Verantwortungsübernahme des Berliner Senats. Dazu findet am 17. September 2019 eine Demonstration mit offizieller Übergabe von Forderungen der Berliner Drogen- und Suchthilfe an Verantwortliche vor dem Roten Rathaus statt. 1.000 Sozialarbeiter\*innen und Klient\*innen der Suchthilfe werden erwartet.

## **Demo:**

17. September 2019, 10 Uhr

Rotes Rathaus